Arbeiterinnenvereine in der Schweiz (1886-1917) Teil 2 : Vorkämpferinnen

Autor(en): **Fetz, Anita**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **8 (1982)**

Heft 10

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-359851

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

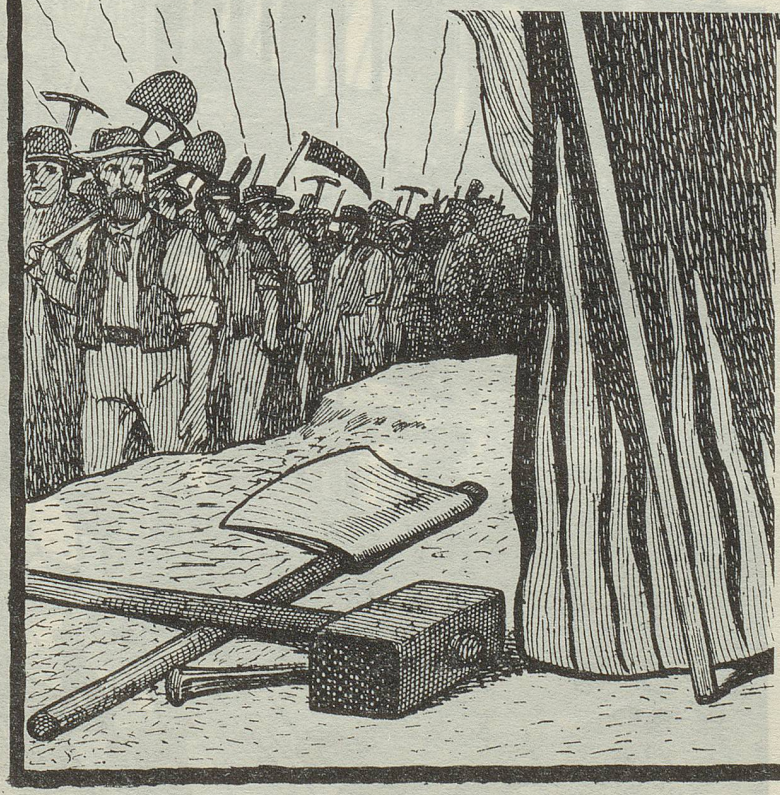
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ARBEITERINNENVEREINE IN DER SCHWEIZ (1886-1917) TEIL 2

Vorkämpferinnen



Im ersten Teil über die Arbeiterinnenvereine in der Schweiz wurde berichtet wie sie gegründet wurden, welche Ziele sie vertraten und wie sie um gewerkschaftliche Anerkennung kämpften. Der Erfolg dieses Kampfes war die Anstellung einer Gewerkschaftssekretärin durch den SGB, die sich speziell um die Agitation von Arbeiterinnen kümmern sollte, einerseits um mehr Frauen in die Gewerkschaften zu bringen, andererseits um die Arbeiterinnenvereine zu fördern. Diese schwierige Aufgabe übernahm 1905 Margarete Faas-Hardegger als erste Gewerkschaftssekretärin. Sie wurde bereits 1908 wegen politischer Differenzen wieder entlassen und durch die viel gemässigtere Marie Hüni-Walter ersetzt.

Dieser Teil soll die Diskussion um die Auflösung der Arbeiterinnenvereine als selbständiger Verband und ihre Integration in die Sozialdemokratische Partei der Schweiz darstellen.

Nach einer Reorganisation des SGB (1908) waren die Arbeiterinnenvereine gezwungen aus dem SGB auszutreten, weil dieser nur noch reine Berufsverbände als Mitglieder akzeptierte. Damit begann erneut die Diskussion um den Anschluss an eine Organisation der Arbeiterbewegung.

"Nun, da wir allein dastehen, nicht recht wissend, was aus uns werden soll, kommt uns urplötzlich der Wert der Anlehnung an eine starke Körperschaft zum klaren Bewusstsein und wir beeilen uns, das Verlorene wieder zurückzugewinnen".

Die schwierige Situation der Arbeiterinnenvereine (die spezifischen Probleme bei der Organisierung von Frauen aus der Arbeiterklasse wurden im 1. Teil beschrieben) wurden noch verstärkt durch eine Wirtschaftskrise, die die Bereitschaft der Frauen, sich zu organisieren noch mehr verringerte.

Bei dieser Abschlussdebatte ging es um ein altes Problem der Arbeiterinnenvereine: Verstand man sich primär als gewerkschaftlich oder politisch orientierte Organisation? Vorerst wurde ein Anschluss an die SP abgelehnt, aber man definierte sich nun als rein politische Frauenorganisation, die eng mit der Partei zusammenarbeiten wollte. Dieser Schwenker weg von der gewerkschaftlich ausgerichteten Frauenorganisation hin zur politischen Organisation äusserte sich vor allem in einem entschlossenen Einsatz für das Frauenstimmrecht. Diese Forderung war zwar ein altes Postulat der Arbeiterinnenvereine, dem aber bisher wenig Gewicht in der konkreten politischen Arbeit gegeben wurde. Nun setzte sich die Einsicht durch, dass der Kampf um die bürgerlichen Rechte nicht allein der Frauenbewegung überlassen werden konnte, sondern dass die politische Gleichberechtigung auch eine wichtige Voraussetzung für die Durchsetzung der Interessen der Arbeiterinnen sei. Am 19. März 1911, dem ersten internationalen Frauentag, organisierten die Arbeiterinnenvereine an 15 Orten der Schweiz Frauendemonstrationen mit der Forderung nach der Einführung des Frauenstimmrechts.

Anschluss an die Partei

Am Parteitag vom Dezember 1911 beschloss man eine Revision der sozialdemokratischen Parteistrukturen. Von nun an sollten die lokalen sozialdemokratischen Organisationen die Basis der Partei bilden. Da sich die Arbeiterinnenvereine als solche Basisorganisation verstanden, beschlossen sie an ihrer Delegiertenversammlung von 1912 den Anschluss an die Partei. Der Eintritt aller Sektionen des Arbeiterinnenverbandes die SPS wurde für obligatorisch erk[illegible]

Der Verband setzte sich nun aus sozialdemokratischen Arbeiterinnenvereinen zusammen. Jedes Vereinsmitglied war nun zugleich Mitglied der Partei und verpflichtet, sich einer Gewerkschaft anzuschliessen, sofern es für den entsprechenden Beruf eine solche gab.

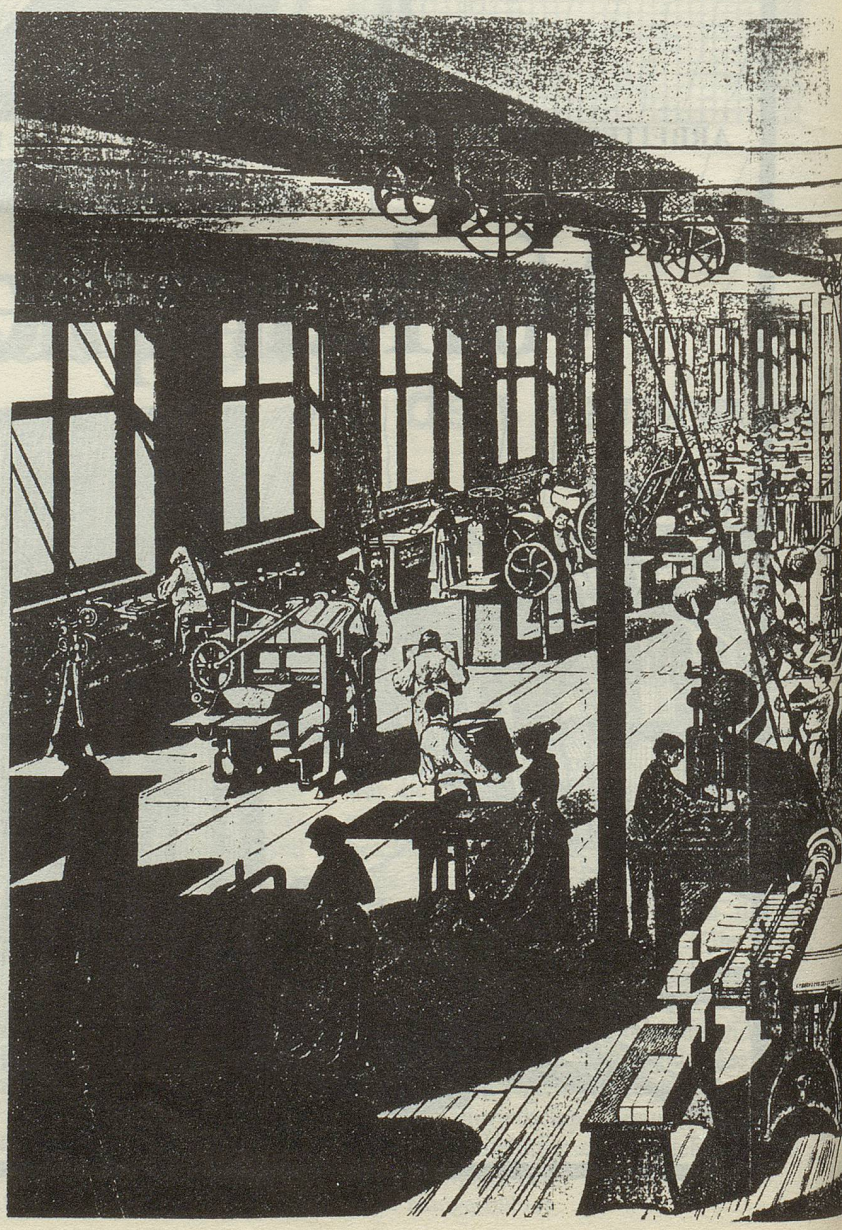
Dennoch blieben die Arbeiterinnenvereine ein selbständiger Verband mit eigenen Strukturen und Organen.

Nach dem Anschluss des Arbeiterinnenverbandes an die Partei stagnierte die zahlenmässige Entwicklung der Mitglieder. Die finanzielle Belastung durch die doppelte und dreifache Mitgliedschaft bildete für viele Frauen ein abschreckendes Hindernis. Einzelne Sektionen erwogen darum sogar den Austritt aus Partei und Verband. Um das zu verhindern wurde kurz vor dem 1. Weltkrieg die Forderung nach der Auflösung des Arbeiterinnenverbandes und der völligen Integration der Frauen in die Partei laut. Durch den Kriegsausbruch trat diese Diskussion vorerst in den Hintergrund.

Kriegsausbruch

Der Kriegsausbruch bewirkte ein Zusammenrücken der politischen Kräfte gegen den 'äusseren Feind'. Die Arbeiterbewegung verzichtete auf ihre oppositionelle Rolle und stellte die Interessen der Arbeiterschaft zugunsten eines 'Burgfriedens' zurück. Während die Kriegsindustrie den Kapitalbesitzern riesige Profite brachte, betrieben sie im Schutz des Burgfriedenabkommens eine Lohnpolitik, die der Arbeiterschaft in kurzer Zeit Reallohneinbussen bis zu 30% brachte. Gestärkt

Industrieboom schon im letzten Jahrhundert: durch die Arbeit in Fabriken veränderte sich die Stellung der Frau. Hier ein Blick in eine Couvertfabrik in Zürich.

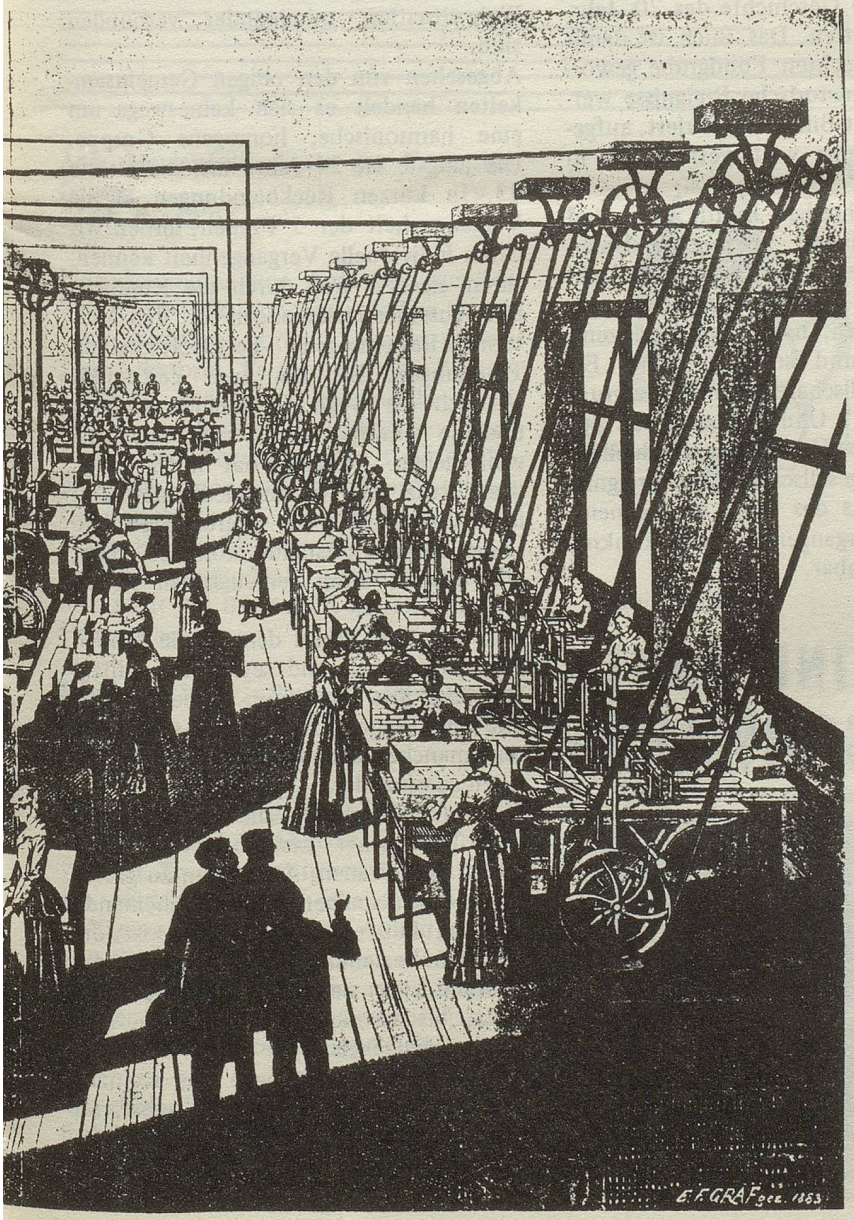


durch die rapide abnehmenden Nahrungsmittelimporte konnte der Bauernverband eine aggressive Preispolitik durchsetzen, die die Teuerung rasant in die Höhe trieb. Diese hemmungslose Ausbeutung durch Bürgertum und Bauern führte zu einer riesigen Verelendung der Arbeiterklasse. Arbeitslosigkeit, Unterernährung und Wohnungsnot waren in den meisten Arbeiterfamilien alltägliche Erscheinungen. Diese Notlage der letzten Kriegsjahre bewirkte ein noch engeres Zusammengehen der Arbeiterinnenvereine mit der Arbeiterbewegung. In einer Zeit, wo um die nackte Existenz gekämpft werden musste, traten die spezifischen Frauenforderungen notgedrungen in den Hintergrund. Emanzipatorische Forderungen waren ein "Luxus", den sich die im täglichen Überlebenskampf absorbierten Arbeiterinnen weder leisten konnten noch wollten. Im Vordergrund stand nun der gemeinsame Kampf mit den Männern gegen die ungeheure Ausbeutung der lohnabhängigen Bevölkerung.

Auflösung und Integration in die Partei

Es war darum kein Zufall, dass sich in dieser Situation der Verschärfung der Klassengegensätze innerhalb des Arbeiterinnenverbandes die Forderung nach der Auflösung der Arbeiterinnenvereine und der völligen Integration in die Partei verstärkte. Der Vorstand der AV leitete entsprechende Abklärungen und Verhandlungen mit der Partei ein. Die Geschäftsleitung der SP war mehrheitlich gegen die Auflösung der AV. Sie befürchtete, dass die damit verbundenen erhöhten finanziellen Leistungen der Partei an die Frauen den zu dieser Zeit geplanten Ausbau des Parteisekretariats verhindern würde. Den Kern der Sache eher trifft wohl die Befürchtung, dass die Frauen ihre Interessen nach der Auflösung der AV innerhalb der Partei allzu vehement vertreten würden. Aber auch aus den Reihen der AV selbst regte sich Opposition gegen die völlige Integration in die SP. Agnes Robmann warnte:

"Solange die Frau die gleiche Arbeit um geringeren Lohn als der Mann, und so seine Lohndrückerin und Schmutzkonkurrentin ist; solange der Mann in der Frau nur das Sexualobjekt und seine Arbeitssklavin sieht; solange die Ehefrau als Lohnarbeiterin Hausfrauen- und Mutterpflichten erfüllen muss, ohne dass der Ehemann sich bemüht, ihr dieses Viel zu viel an Arbeit zu erleichtern; solange es Frauen von tüchtigen Genossen gibt, die alles dran setzen, ihrem Mann die ohnehin schwere Arbeit für die Partei zu verunmöglichen; solange Genossen ihre Frauen von der Organisation zurückhalten, haben Frauenorganisationen ihre Berechtigung, denn vor allem muss das Solidaritätsgefühl der Frauen geweckt und gestärkt werden."

Doch diese Warnung wurde von der Mehrheit in den AV organisierten Frauen nicht verstanden. Sie glaubten, dass der gemeinsame Kampf mit den Männern effizienter sei. Sie beschlossen 1917 die Auflösung des Arbeiterinnenverbandes und integrierten sich in die Partei. Dort wollten sie sich gemeinsam mit den Männern für die Besserstellung der Frauen einsetzen. Dass das eine Unterschätzung der gegensätzlichen Interessen der Geschlechter war, zeigte die spätere Entwicklung der Berücksichtigung der Frauenfrage durch die Arbeiterbewegung. Ihr Einsatz bespielsweise für das Frauenstimmrecht, für den Mutterschutz oder für die Durchsetzung der Lohngleichheit in Gesamtarbeitsverträgen blieben jahrzehntelang verbale Bekenntnisse ohne praktischen politischen Einsatz. Die Forderungen der Frauen wurden immer wieder zugunsten der Interessen der Männer zurückgestellt. Durch die vollständige Integration in die Partei verloren die Arbeiterinnenvereine die Möglichkeit des organisatorischen Drucks von aussen und zerrieben sich organisationsintern im verzweifelten Kampf, die weiblichen Interessen in den absolut männerdominierten Gremien der Partei durchzusetzen. Zahlenmässig hoffnungslos untervertreten, abhängig von den Parteigeldern und vom Goodwill der Genossen, verkümmerten die sozialdemokratischen Frauengruppen zu unpolitischen, wirkungslosen Kränzchen.

Anita Fetz